

Mit Beteiligung auf dem Weg zur Zukunftsstadt Dresden - 7 Überlegungen

Laudatio von Dr. Stephanie Bock zur Vernissage der Ausstellung „Zukunftsstadt Dresden – Visionen und Projekte“ am 20.02.

1. Neue Herausforderungen führen zu wachsenden Verunsicherungen ODER warum sind neue Wege der Beteiligung und Zusammenarbeit notwendig?

- **Neue Herausforderungen – noch ohne Antworten** Nicht nur die zunehmend diskutierten Anpassungsprozesse an die Folgen des Klimawandels und darauf zurückzuführende (Natur-) Katastrophen, wie Überschwemmungen und Dürren, sondern auch globale und regionale Krisen, wie Finanzkrisen, der wirtschaftliche Strukturwandel, die Folgen des demografischen Wandels, die soziale Spaltung der Gesellschaft, aber auch Digitalisierung etc. sind Herausforderungen, auf die vor Ort, d.h. in den Städten und Gemeinden, Antworten gefunden und Handlungsoptionen entwickelt werden müssen. Globale Unsicherheiten führen zu lokalen Ungewissheiten.
- **Konkreter Lösungsort Kommune – Laboratorium Kommune** Viele der Herausforderungen konkretisieren sich lokal auf der Ebene von Kommune, Stadt oder Quartier. Der Problemdruck ist hier besonders groß, so dass Städte und Gemeinden zu Laboratorien und Ausgangspunkten neuer Lebensweisen, Praktiken und Lösungen werden. Die Fähigkeit, mit den neuen Herausforderungen produktiv umzugehen, wird als „urbane Resilienz“ bezeichnet, d.h. als städtische Anpassungsfähigkeit. Dieser Begriff beschreibt die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Städten zu Flexibilität und Widerstandsfähigkeit gegenüber Störungen und Krisen. Er beinhaltet kulturelle, soziale und institutionelle Erneuerungen zum Umgang mit Krisen – und damit immer auch Lernprozesse.
- **Stadtentwicklung als gemeinsamer Prozess** Zu berücksichtigen ist, dass Stadt ein Gemeinschaftsprojekt ist, sie wird nicht nur von Verwaltung und gewählter Politik entwickelt, sondern von allen, die in ihr leben. Das bedeutet, dass an den notwendigen Experimentierräumen auch alle mitwirken sollten, da sich nur so tragfähige und zukunftsweisende Lösungen entwickeln lassen. Koproductive und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung ist notwendig, Beteiligung, verstanden als Mitwirkung und Mitgestaltung, dabei unerlässlich. Doch wie sieht es derzeit aus? Beteiligung? Kooperation?

2. Politikbereitschaft versus Politikverdrossenheit ODER warum müssen neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden?

Gestiegener Wunsch nach mehr Mitwirkung

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 und andere Großprojekte, die Proteste gegen die Atomkraft und Braunkohle oder auch die zahlreichen lokalen Initiativen: Alle diese Beispiele machen deutlich, dass das Interesse an Politik vor Ort groß ist und die Menschen die Gestaltung der Zukunft nicht Politik und Verwaltung alleine überlassen wollen. Viele Menschen wollen – so zumindest die Ergebnisse aus Befragungen - sich direkt beteiligen, gestalten, sich persönlich engagieren. Sie fordern – so die Ergebnisse einer Befragung der Bertelsmann-Stiftung - mehr Beteiligung:

- 89 % der Bürger*innen wünschen sich mehr Information.
- Acht von zehn Befragten wünschen sich mehr Mitsprachemöglichkeiten.
- 65 % würden bei Diskussionsveranstaltungen mitmachen, 51% sich auch online beteiligen.
- 49 % würden für ein Engagement ihre Freizeit opfern. Dabei verändert sich Engagement: es wird kurzfristig, projektorientiert und persönlich.

Kritik an vorhandenen Wegen

Als Reaktion auf eine als unzureichend wahrgenommene Einbindung in die Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden, suchen viele Menschen nach neuen Wegen und gründen Netzwerke und Bündnisse, die sich für die eigene Stadt und deren Zukunft stark machen. Ob diese dann als Wutbürger*innen oder Mutbürger*innen bezeichnet werden, ist unterschiedlich, die Sortierung in Schubladen (zum Glück) auch nicht ganz so einfach. Ob Politik nun schlechter oder die Anspruchshaltung an Politik einfach nur gewachsen ist, ist gleichfalls unklar. Empirisch feststellbar ist jedoch, dass etablierte Politik, Entscheidungswege und Entscheidungsträger*innen zunehmend kritisch bewertet werden.

Städte sind nicht untätig

In den Städten gibt es langjährige Erfahrungen mit Beteiligung, sowohl formeller, d.h. verpflichteter Art, als auch informell. Die zahlreichen Beteiligungserfahrungen sind jedoch in den meisten Städten Inseln guter Praxis. Es gibt erst im Ansatz dauerhafte Strukturen, verbindliche Spielregeln, einklagbare Beteiligungen: Deshalb sind Bürger*innenentscheide oft der letzte Weg, sich Gehör zu verschaffen. Eine Reduzierung auf Ja-/Nein-Entscheidungen ist angesichts der komplexen Themen und Projekte nicht der beste Weg, zumal er keine Möglichkeiten zu Aushandlungsprozessen bietet.

3. Demokratie lebt von der Beteiligung ODER was bedeutet eigentlich Beteiligung?

Politische Beteiligung ist eine wichtige Grundlage der Demokratie. Über Formen, Verfahren und Umfang von Beteiligung wird jedoch gestritten. Der Begriff „Bürgerbeteiligung“ ist ebenso vielschichtig und es wird sehr unterschiedliches darunter verstanden. Deshalb reizt er auch zu Missverständnissen, führt zu unterschiedlichen Erwartungen und ist auf keinen Fall konfliktfrei. Für mich bedeutet Beteiligung Mitwirkung der Menschen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Ziele, die mit Beteiligung verbunden werden, sind u.a. gelebte Demokratie, Lernprozesse, Solidarität und Miteinander; Identifikation, Komplexität sichtbar machen, Transparenz, Zielkonflikte offenlegen, bessere Ergebnisse, Akzeptanz.

Dabei umfasst Beteiligung unterschiedlichen Stufen:

- (Informieren: Transparente und verbindliche Information) – keine Beteiligung
- Wissensvermittlung/ Bildung: Wissen einbeziehen/ Ideenentwicklung/ Innovationen
- Kommunizieren/ Vernetzen: Wertschätzung und Dialog „auf Augenhöhe“
- Aktivieren/ Engagement fördern
- Mitgestalten: Sichtweisen, Kenntnisse und Vorstellungen einbringen, Verantwortung übernehmen
- Mitentscheiden/ Entscheiden

Notwendig sind hierfür neue Organisationen/ Strukturen (Beiräte, Plattformen, Netzwerke).

Unterscheiden lassen sich zudem verschiedene Wege der Initiierung von Beteiligung:

a) Top Down: Einladung zur Mitgestaltung 1. auf „formalem“ Weg: Wahl, direkte Demokratie und 2. auf „informellem“ Weg: dialogorientierte, beratende Verfahren, bei denen sich Bürger*innen zur Meinungsbildung oder Entscheidungsfindung zusammenfinden.

b) Bottom –up: Engagement und Mitwirkung von unten.

Beide Formen greifen ineinander und gehören auch zusammen, das zeigen auch die hier prämierten Projekte. Beteiligung ist immer auch eine Form von Engagement und Verantwortungsübernahme, die gewürdigt werden muss.

Wichtige Aspekte:

- Beteiligung führt nicht zum Konsens, sondern zu größerer Transparenz der unterschiedlichen und zum Teil kontroversen Interessen, sie macht Komplexität sichtbar – und das ist gut.
- Beteiligung führt nicht immer zu besseren Ergebnissen. Motive der Beteiligung sind unterschiedlich: individuelle Betroffenheit – ein legitimer Beteiligungsanlass, um den es bei den hier ausgestellten Projekten jedoch nicht geht (gerne auch als NIMBY diskreditiert) – und die Beteiligung zur Stärkung des Gemeinwohls.

4. Wenn immer die Gleichen kommen ODER kann Beteiligung zu einem Projekt Aller werden?

Das Methodenrepertoire kommunaler Beteiligungsangebote mit Zukunftswerkstätten, aufsuchenden Befragungen, Stadtteilwerkstätten und Bürger*innenversammlungen ist zwar vielfältig ausgebildet. Die Wege, über die die Bevölkerung informiert und aktiviert werden, sowie die gewählten Kommunikationsformen werden jedoch meist nur von den Bevölkerungsgruppen wahrgenommen, die es gewohnt sind oder die gelernt haben, sich in diesen Formen zu äußern und die über entsprechende Kompetenzen verfügen. Angesprochen sind alle, angesprochen fühlen sich immer die Gleichen: Ergraute Studienräte und pensionierte Ingenieure. „Es protestieren und beteiligen sich vornehmlich Bürger mit hoher Bildung, ordentlichem Einkommen, vielseitigen sozialen Kontakten“ (Walter 2013). „Schulabschluss bzw. Bildungsniveau und Einkommen haben einen größeren Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit als ethnische Zugehörigkeit und Migrationshintergrund.“ (Böhm 2016)

Trotz des starken Rufes nach mehr und anderer Beteiligung nehmen nur geringe Teile der Bevölkerung die Beteiligungsangebote an und werden aktiv. Zudem sind nicht alle Wutbürger*innen willkommen und Emotionen sowie lebensweltliche Interessen sind nicht immer gefragt. Noch erscheint der emotionsfreie, rationale Austausch von Argumenten als Idealmodell der Beteiligung. Berücksichtigt man zudem, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in den Städten auch unterschiedlich stark von Krisen betroffen sein werden, stellt die „Beteiligung der Starken“ und möglicherweise geringer Betroffenen neue Fragen an die demokratische Ausgestaltung urbaner Governance.

Dies führt zur These: Partizipationsdemokratie vertieft derzeit die soziale Ungleichheit.

- Aber: „Nicht-Beteiligung“ hat ihre Ursache nicht nur im Beteiligungsangebot.
- „Nicht-Beteiligung“ kann nicht alleine durch eine veränderte Gestaltung von Beteiligungsprozessen gelöst werden.
- Notwendige Voraussetzung: „Kultur der Teilhabe“, d.h. Vertrauen, Haltung, Glaubwürdigkeit, Sinnhaftigkeit, Wertschätzung, Wirkmächtigkeit, Kommunikation
- „Kultur der Teilhabe“ ist mehr als ein professionelles Durchführen von Beteiligungsprozessen.
- Erfolgreiche Beteiligungsprozesse sind ein Baustein.

5. Herausforderung Beteiligung für die gewählte Politik ODER können gewählte Politik und engagierte Bürger*innen auch miteinander arbeiten?

Mehr Beteiligung und die Veränderungen von Prozessen, Zuständigkeiten und Organisationsformen betreffen auch die verantwortlichen Kommunalpolitiker*innen in den Räten. Unstrittig und nicht in Frage zu stellen ist dabei, dass die Letztentscheidung bei den demokratisch bestimmten Entscheidungsträger*innen liegen sollte. Dies bedeutet zwingend, dass in den Beteiligungsverfahren die Reichweite der Entscheidungsspielräume verdeutlicht werden muss, um Stabilität und Verlässlichkeit zu gewährleisten. Ihre Angst vor Macht- und Verantwortungsverlust durch mehr Beteiligung ist dennoch nicht unrealistisch, gilt es doch das Verhältnis zwischen Einflussnahme und Gestaltung durch Beteiligung und politische Entscheidungen neu zu reflektieren und zu justieren. Studien verweisen auf die Zurückhaltung der gewählten Politik und deuten diese als ein defensives politisches Agieren, das nicht für starke, unabhängige, engagierte und kompetente Persönlichkeiten steht, die sich politisch eindeutig positionieren, und somit ein Erfolgskriterium einer kommunalen Beteiligungskultur sein könnten. Dies ist umso wichtiger, da Entscheidungen im Gemeinwohlinteresse heute vor komplexen Hintergründen und offenen Entwicklungsverläufen getroffen werden müssen. Um die Risiken abzufedern, sind Gemeinderäte und Verwaltungen auf die Kooperation mit den Bürger*innen angewiesen - und umgekehrt.

6. Zukunftsstadt Dresden als Experimentier- und Innovationsraum oder welche Chancen liegen in dem Projekt?

Was bedeute das bisher Gesagte nun für die Zukunftsstad Dresden? Extern geförderte Ansätze bieten die Chance, neue Impulse zu setzen, andere Wege auszuprobieren, Neues zu wagen und Experimente einzugehen. Das BMBF Projekt Zukunftsstadt weist genau in diese Richtung; mit dem Fokus. Nachhaltig, resilient, ressourcensparend, demokratisch, gerecht, ..

Entwickelt wurden viele wertvolle Ideen, die auf anderem Wege nicht erkannt worden wären, die aber notwendig zur Zukunftsgestaltung sind. Beteiligung ist dabei auf zwei Ebenen relevant:

Erstens beteiligt sich die Landeshauptstadt Dresden am BMBF-Projekt Zukunftsstadt und lädt zur Mitwirkung ein und zweitens entstehen Projekte, die gleichfalls Beteiligung beinhalten.

Bei all dem geht es um neue Experimentierfelder und neue Ideen, um Mit- und Gestaltung, um Brücken zu denen, die sich bisher nicht angesprochen fühlen, um die Zusammenarbeit mit der gewählten Politik.

Das Projekt ist mutig und nachahmenswert – auf keinen Fall aber einfach.

7. Beteiligung: ein Lernprozess für alle ODER wie geht es zukünftig weiter?

Zum Abschluss kein Blick in die Glaskugel, aber ein paar Einschätzungen, worin die zukünftigen Herausforderungen liegen:

- Beteiligung macht die Stadtentwicklung nicht einfacher, aber aus den genannten Gründen krisenfester und besser, neue Ideen und neues Miteinander sind unverzichtbar.
- Prämierte Projekte sind das eine, langfristige Sicherung der Ideen in die Zukunft das andere. „Danach ist nichts mehr wie vorher“: die Geister, die nun gerufen wurden, werden nicht mehr verschwinden. D.h. die Einladung zur Beteiligung beinhaltet eine große Verantwortung.
- Neue Strukturen und eine veränderte Haltung gehören dabei zusammen. Haltung ist nicht einfach da. Voraussetzung ist die gemeinsame Entwicklung von Spielregeln für kooperative Prozesse. Dieser Prozess scheint in Dresden mit der Zukunftsstadt begonnen.
- Die Projekte zeigen, dass Beteiligung nicht nur Projekte der Stadtentwicklung betrifft, sondern auch bei Themen wie Ernährung, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung etc. wichtig ist.
- Aber: Bürgerbeteiligung als Baustein der demokratischen Mitwirkung kann nur dann breite Bevölkerungskreise erreichen, wenn demokratisches Lernen und mehr Bildung mitgedacht werden. D.h. Vernetzung mit anderen Initiativen und Projekten.
- Aber genauso Vernetzung in Stadt und Stadtpolitik
- Mehr Experimente, mehr Offenheit sowie Chaos und Spontanität von Prozessen als Chance begreifen.
- Gute Reise!